



» tutionen unserer Demokratie wie Parteien, Gewerkschaften, Verbände hingegen sind thematisch breit aufgestellt, in ihren jeweiligen Positionen aber wenig beständig, weil oft an tagespolitischen, taktischen Überlegungen orientiert. Sie sind lediglich national organisiert und konstitutiver Bestandteil des politimedialen Komplexes aus Parteien, Medien, PR-Welt und staatsnaher Wirtschaft. Sie sind – je nach Institution unterschiedlich stark – an ihren Rändern oder teilweise bis in ihre Zentren von Lobbys durchsetzt oder gesteuert.

Damit sind wir beim Kern der Sache angelangt. Die Glücksspielindustrie hatte sich geschickt in die SPÖ hineinlobbyiert. Es ist gar nicht davon auszugehen, dass jemand bestochen wurde. Das Sponsoring der Wiener Bezirksfestwochen, der SPÖ-Zeitung und sogar des Festes am 1. Mai haben das ihre dazu beigetragen, Glücksspielkonzernen einen wichtigen Stellenwert in der SPÖ einzuräumen.

#### Verlorene Glaubwürdigkeit

Bei marktgläubigen oder ideologisch beliebigen Parteien wird so etwas eher in Kauf genommen. Für eine Partei, die es als historische Aufgabe sieht, kompromisslos auf der Seite jener zu stehen, die eben keine Lobby haben, ist das hingegen unverzeihlich. Es hilft der SPÖ wenig, dass andere Parteien systematisch von Lobbys durchsetzt sind und persönliche Bereicherung dort „part of the game“ ist.

Obendrein will sich die Bevölkerung in einer orientierungslosen Zeit darauf verlassen können, dass es in der gesamten undurchsichtigen Kakophonie der öffentlichen Diskussion Stimmen gibt, die frei von Lobbyinteressen aufrichtig Überzeugungen vertreten. Die Sozialdemokratie ist prädestiniert, diese Aufgabe zu übernehmen und sie war wohl in jenen Zeiten am einflussreichsten, in denen sie am glaubwürdigsten als Lobby der Menschen ohne Lobby agiert hat. Weil diese Glaubwürdigkeit heute

abhanden gekommen ist, versucht man sich mit kleinkarierten Lösungen auszuhelfen. Insetate in Zeitungen bringen ein, zwei Mal eine positive Berichterstattung. Aber was hilft das langfristig?

#### Rote Dompteure

All jene Medien, die journalistischen Ethos hochhalten, werden die SPÖ dafür kritisieren – inhaltlich zu Recht, in der Aufmachung nicht frei von Hysterie. Überdies, die subventionierten Mediengiganten werden morgen vielleicht schon von jemand anderem gekauft. Der zum Jahreswechsel versuchte Zugriff auf den ORF brächte auf den ersten Blick ein bisschen Einfluss. Aber was hilft das langfristig? Alle jene Redakteure und Redakteurinnen, für die Gewissensfreiheit einen hohen Stellenwert hat, werden jede Gelegenheit beim Schopf packen, den roten Dompteuren des ORF eines auszuwischen.

Überdies, beim nächsten Regierungswechsel wird sich die neue Regierung schamlos am ORF vergreifen und das Spielchen um Einfluss erneut beginnen. Alle kleinlichen Versuche, irgendetwas in dieser Republik unter direkte Kontrolle zu bringen, wird sich mittelfristig als Bumerang erweisen. Noch schlimmer: Diese Methoden machen die SPÖ-Führung selbst zu einer Art Lobbyistin.

Sie kämpft, sichtbar für alle Beobachter, für ihr eigenes Interesse, statt diese Kraft für Vertretung der Interessen aller Menschen ohne Lobby zu verwenden.

#### Handeln aus Überzeugung

Wer sich nicht mit kurzfristigen Tricks zur nächsten Umfrage retten möchte, wird darauf angewiesen sein, auf eine andere Währung im politischen Geschäft zu setzen. Es gibt in der Politik nur eine einzige Währung, die nachhaltiges Vertrauen und langfristige Stabilität garantiert: maximale Glaubwürdigkeit. Sie ist das einzige beständige Kapital der Politik.

Nur authentisches Handeln aus Überzeugung kann eine Feuermauer gegen Lobbyinteressen bilden und diese glaubwürdig als Partikularinteressen entlarven. Wer aber selbst im Glashaus sitzt, kann schlecht mit Steinen werfen. Der Kampf gegen das kleine Glücksspiel ist deshalb von großer Bedeutung für die Sozialdemokratie, weil es eine symbolträchtige Auseinandersetzung zwischen Überzeugungen einerseits, Lobbyinteressen andererseits ist. Es ist ein Kampf um die Glaubwürdigkeit der SPÖ – der Lobby der Menschen ohne Lobby.

## QUERGESCHRIEBEN

VON ANNELIESE ROHRER



# Rote Retro-Politik sehr erwünscht, „Durchflutung mit Demokratie“ etwa

Michael Häupl versteht seine Partei nicht mehr und zweifelt den Sinn einer Programmdiskussion vor der Wahl 2013 an. Stimmt. Es sind noch viele Bereiche aus dem Programm 1978 offen.

Wiens Bürgermeister Michael Häupl hat heute, Samstag, durchaus die Chance auf einen Erkenntnisgewinn, wenn er beim SPÖ-Parteitag in St. Pölten eruiert, warum seine Partei in zwei oder drei Jahren – da variieren bezeichnenderweise die Angaben – ein neues Programm erarbeiten will.

Häupl versteht es nämlich nicht. Die „Tiroler Tageszeitung“ zitiert ihn so: „Was es für einen Sinn haben soll, dass man in einem beginnenden Wahlkampf eine Programmdiskussion führt, entzieht sich meiner Kenntnis.“ Also sind seine Chancen auf Erkenntnisgewinn intakt. Vielleicht liegt der

ein Antrag der Jungsozialisten zur Erarbeitung des Programms vor, der mit den Worten Blechas zum Programm 1978 begründet wird. Wie zeitgemäß!

Eigentlich müsste sich die SPÖ gar nicht mit einem neuen Programm herumschlagen, sondern nur diese Retro-Politik noch konsequenter verfolgen. Denn 1978 wurde die „Durchflutung aller Bereiche mit Demokratie“ postuliert. Das müssten Faymann & Co. nur gerade jetzt vorantreiben. Es würde schon genügen, nicht mit Aussageverweigerung des SPÖ-Chefs im und mit brachialem Abwürgen des U-Ausschusses zur Korruption das genaue Gegenteil zu betreiben.

Die Schleusen zu einer neuen Demokratisierung zu öffnen, ist vielleicht von den Faymanns, Rudas, Kräuters im Österreich von heute zu viel verlangt. Aber die Einhaltung eines langjährigen Versprechens, U-Ausschuss als Minderheitsrecht im Parlament, ist wohl das Mindeste, das eingefordert werden kann.

Jusos vor dem Parteitag heute:  
Die SPÖ ist als „verblasste, orientierungslose und mutlose Partei der Mitte“ entbehrlich.

Sinn darin, die Inhaltsleere der SPÖ-Politik, die auch Juso-Chef Wolfgang Moitzi nicht verborgen geblieben ist („inhaltliche Diskussionen kommen in der SPÖ leider zu kurz“), zu überdecken – und die Tatsache, dass es keine klaren und zu Ende diskutierten Positionen der SPÖ gibt, die nicht von dem einen Granden oder dem anderen Zwerg von links wieder angezweifelt werden können. Siehe Wehrpflicht, siehe Studiengebühren etwa.

Möglicherweise hat der angekündigte Auftakt zur Programmarbeit aber auch ganz aktuell nur den Sinn, vom Umfragetief für Werner Faymann und dem Vertrauensverlust für die SPÖ abzulenken.

Wie auch immer, Häupl kann sich ja bei seinen Freunden erkundigen. Vielleicht kann er von ihnen auch erfahren, dass der offenkundige Trend zur roten Retro-Politik (trotz aller Dementis, personifiziert im Programmkoordinator Karl Blecha) kein Zufall ist. Dem Parteitag liegt nämlich heute

Das sollte der Parteitag heute verbindlich beschließen. Dann hätte er wenigstens einen Sinn. Denn die offiziellen Leit- anträge zu Verteilung, Finanzmärkten, Schule etc. lesen sich wie Allerwelts- geschichten – ganz im Sinne des Juso- Antrags: „Aus unserer Sicht braucht es . . . keine SPÖ, wenn diese sich als verblasste, orientierungslose und mutlose Partei der Mitte geriert.“ Und wirklich kontroverielle Themen wie Gabi Burgstallers Studiengebühren wurden ganz wie in alten Zeiten per Zuweisung an eine Kommission vor- weg begraben.

Der größte Schaden für die SPÖ entsteht jedoch dadurch, dass sie auch unter Faymann keine wirkliche „Erzählung“ gefunden hat, welche die Menschen betrifft und interessiert. Häupl aber ist heute Franz Mittlers Reim ins Stammbuch zu schreiben: „Den Mutigen bangt selten, warum graut Dir vor St. Pölten.“

**Zur Autorin:**  
Anneliese Rohrer ist Journalistin in Wien: Reality Check  
<http://diepresse.com/blog/rohrer>

**Der große Gastkommentar am Montag:**  
Die mögliche Balkanisierung Spaniens: Von der Lust auf Un- abhängigkeit in Zeiten der Krise. Von Karin Kneissl

Reaktionen senden Sie bitte direkt an:

[debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

E-Mails an: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

#### Zum Autor



**Nikolaus Kowall** (\*1982) ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in Düsseldorf und Lektor an der FH des Wifi in Wien. Er promoviert an der WU im Bereich Volkswirtschaft und ist Vorsitzender der Sektion 8 der SPÖ Alsergrund. 1998 kam er über die Schülervertretung in NÖ zur SPÖ. [Privat]

fassungsrechtlich gewährleistete Recht auf Kontakt zwischen Eltern und Kindern durch diese Regelung übergangen wird. Der betreffende Elternteil kann jederzeit ausdrücklich ganz legal (!) ohne Begründung mit den Kindern irgendwohin ins Ausland übersiedeln und somit den Kontakt der Kinder mit dem anderen Elternteil de facto völlig verhindern.

Wo bleibt hier die Berücksichtigung des Kindeswohls und des Rechts des Kindes auf Kontakt zu beiden Elternteilen? Nach der geltenden Rechtslage in der BRD kann der Wohnort der Kinder auch bei getrennt lebenden Eltern, sofern beide die Obsorge haben, nur mit Zustimmung beider Elternteile oder mit Zustimmung des Gerichts, das dabei das Kindeswohl und das Kontaktrecht zu beachten hat, verlegt werden.

Deshalb möchte ich vorschlagen, Abs 2 folgendermaßen zu formulieren: „Soll der Wohnort des Kindes in das Ausland oder in ein anderes Bundesland in Österreich verlegt werden, bedarf es entweder

der Zustimmung des anderen Elternteils, es sei denn, es wäre ihm das Kontaktrecht entzogen, oder der Zustimmung des Gerichts, welches bei der Entscheidung auf das Kindeswohl zu achten hat.“

Dr. Albert Haunschmidt, 4070 Eferding

#### Wissenschaftler sichern auf Dauer Arbeitsplätze

„Das Land, in dem sich jede tolle Tat unerbittlich zu rächen pflegt“, von Christian Ortner, 12. 10.

Ein so kleines Land wie Österreich müsste, um im globalen Wettbewerb mithalten zu können, Wissenschaftseliten hervorbringen.

Aber woher kommen die meisten Nobelpreissträger? Natürlich aus Amerika, dessen Unis an vorderster Stelle im Ranking stehen und dessen Studierende auch bereit sind, Geld in ihre Zukunft zu investieren. Hochbegabte werden mit ausreichenden Stipendien gefördert. Nicht Manager und Bankdirektoren mit Spitzengehältern, sondern Spitzenwissenschaftler in

Grundlagenforschung und Technologie sichern auf Dauer Arbeitsplätze.

Monika Bartko, 3032 Eichgraben

#### Klug und tief sinnig

„Das Spiel um das Überleben Europas hat bereits begonnen“, GK von Michael Amon, 10. 10.

Ich gratuliere Herrn Amon zum klugen, tief sinnigen Kommentar zu Menasses „Der Europäische Landbote“. Auf solche Menschen sollten unsere politischen Entscheidungsfinder hören.

Gut, dass sie in der „Presse“ ein Forum bekommen.

Ingrid Herzog-Müller, 2460 Bruck

#### Das Jahr des Glaubens ist ja noch jung

Gastkommentare v. Gerda Schafelhofer und Helmut Trutt, 11. 10. Der „Ritterorden vom Hl. Grab“ fühlt sich getreu dem Auftrag seiner Mitglieder, „Zeugen der Aufer-

stehung zu sein“, besonders dem Wunsch des Hl. Vaters verpflichtet, anlässlich des Konzilsjubiläums ein Jahr des Glaubens zu begehen. Die Aufgabe, tiefere Einsichten in den christlichen Glauben zu gewinnen und damit die kleinlichen Alltagsstreitigkeiten zu überwinden, bedarf der Unterstützung des Qualitätsjournalismus.

Diesem Bedürfnis werden die o. a. Gastkommentare – nicht böse sein – wenig gerecht. Die Auswahl eines vielleicht ein wenig nostalgischen Konzilslobs der neuen Präsidentin der Katholischen Aktion und der Meinung eines Priesters, der bei einer demonstrativen Aufzählung von Glaubensinhalten neben der Jungfräulichkeit der Gottesmutter nur noch Hölle und Fegefeuer, die päpstliche Unfehlbarkeit und die Ablasslehre nennt, scheint mir eher von dem journalistischen Bestreben geleitet, die Leserschaft mit Konflikten zu ergötzen.

Ich weiß schon: Unstimmigkeiten darzustellen ist journalistische Pflicht. Das Konzil, bei dessen

Eröffnung vor 50 Jahren Papst Johannes XXIII. von einer beständigen Lehre gesprochen hatte, die allerdings so erforscht und ausgelegt werden müsse, wie unsere Zeit es verlangt, hatte aber gewiss nicht den Zweck, das Trennende vor das Gemeinsame zu stellen. Und darüber sollten wir – zumindest auch – reden. Aber das „Jahr des Glaubens“ ist ja noch jung . . .

Dr. Karl Lengheimer, Statthalter des Ordens d. Ritter vom Hl. Grab für Österr.

#### Impressum: Debatte

Leitung: Burkhard Bischof

E-Mail: [debatte@diepresse.com](mailto:debatte@diepresse.com)

Redaktion Leserbriefe:

Ursula Mayer, Henriette Riegler-Adrigan

E-Mail: [leserbriefe@diepresse.com](mailto:leserbriefe@diepresse.com)

#### Debatte im Internet

[DiePresse.com/debatte](http://DiePresse.com/debatte)



Die abgedruckten Leserbriefes müssen nicht der Meinung der „Presse“ entsprechen. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen. Je kürzer die Zeilen, desto höher die Chance auf Veröffentlichung.



## TIROLER UNIS WOLLEN FUSION

Geheimes Strategiepapier. Führende Vertreter von Universität und Med-Uni Innsbruck sprechen sich für deren Zusammenlegung aus. **Forum Bildung S. 22**

**DenizBank AG**

24 Monate **2,625%\*** online

Online Sparen Festgeld

www.denizbank.at **Contact Center 0800 88 66 00**

\*Zinssatz p.a., gültig für Privatpersonen bei Eröffnung eines Online Sparen Festgeldes bis 15.11.2012

MONTAG, 15. OKTOBER 2012 // **DIEPRESSE.COM** // PREIS: 2,00 EURO // Nr. 19.601\*\*\*

# Die Presse

## SIEG IN LINZ

Viktoria Asarenka, die Nr. 1 im Damentennis, gewinnt die Generali Ladies Linz ohne Satzverlust. **SEITE 12**



FREI SEIT 1848

# Nach Faymann-Debakel: SPÖ, was nun?

**Sozialdemokratie.** Eine Personaldebatte wird noch hintanzuhalten versucht. Die Folge der Abstrafung des Parteichefs am Parteitag könnte jedoch ein weiterer Linksruck sein.

VON OLIVER PINK

[WIEN] Macht man nichts, macht man auch nichts falsch. Nach dieser Devise agierte Werner Faymann bisher. Nun macht er was – er setzt das Berufsheer in seiner Partei durch, ebenso den Fiskalpakt, er lässt neue Transparenzregeln Gesetz werden und dreht, wenn man so will, den U-Ausschuss ab – und macht es damit auch keinem wirklich recht.

Denn die blamablen 83,43 Prozent, die Werner Faymann bei seiner Wiederwahl zum SPÖ-Chef einfuhr, haben nicht bloß einen Grund, sondern verschiedene, einander auch noch widersprechende Ursachen. Neben der wenig charismatischen Persönlichkeit des Parteivorsitzenden selbst.

Die einen sind mit der U-Ausschuss-Verweigerung unzufrieden. Die anderen mit der Änderung der Linie bei der Landesverteidigung. Doch auch Gabi Burgstaller, die diesen Unmut artikuliert, wurde auf dem Parteitag abgestraft und erhielt bei ihrer Wahl in den Vorstand nur 86,63 Prozent – wobei bei Burgstaller noch hinzukommt, dass ihr das Eintreten für die Studiengebühren angekreidet wird.

Die Parteilinke wiederum begehrt gegen den Fiskalpakt auf. Ein Pro-Fiskalpakt-Antrag auf dem Parteitag wurde mit 70 Streichungen bedacht. 85 Streichungen hatte dann Werner Faymann bei seiner Wahl zum Parteivorsitzenden.

### Unmut über Transparenzgesetz

Zudem sind rote Vorfelddorganisationen mit dem Transparenzgesetz unglücklich, manche, wie der ASKÖ oder die Naturfreunde, haben deshalb die Partei verlassen, andere, wie die FSG und der Pensionistenverband, haben sich (Umgehungs-)Konstruktionen einfallen lassen, um auch künftig zu Spenden zu kommen, ohne diese allzu offen deklarieren zu müssen.

Auch für SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas sind der Fiskalpakt und das Transparenzgesetz schuld am schlechten Abschneiden. „Das hat man ja schon bei der Diskussion zuvor am Parteitag gesehen, dass der Fiskalpakt sehr emotionalisiert. Obwohl er notwendig ist.“ Ihr Kompagnon Günther Kräuter fordert gar eine Novelle des Transparenzgesetzes: „Die kleinen Funktionäre sehen, dass die schwarz-blauen Korrupten noch immer frei herumlaufen, während sie sich selbst sogar bei Tombolas mit strengen Vorschriften abmühen müssten.“ Kräuter fordert daher eine Bagatellgrenze.

### Faymann: Fiskalpakt schuld

Die Parteiführung war nach dem letztlich missglückten Parteitag demonstrativ bemüht zusammenzurücken. Und auch Werner Faymann selbst meldete sich gestern in der „Zeit im Bild“ zu Wort und nannte als Ursache für sein schlechtes Abschneiden seine Unterzeichnung des Fiskalpakts („Das war nötig, ich verantworte das“). Auch die Kehrtwende bei der Wehrpflicht sei nicht optimal vorbereitet worden. Er wolle nun auch jene 85 Delegierten überzeugen, die ihn nicht gewählt haben.

Vermutlich ist der Großteil davon am linken Flügel der SPÖ zu finden. Die Parteijugend, aber auch die widerspenstige „Sektion 8“ machen schon seit Längerem gegen den Fiskalpakt im Speziellen und gegen eine Verbürgerlichung der SPÖ – dazu zählt auch die zunehmende Akzeptanz der Studiengebühren – im Allgemeinen Stimmung. Will Faymann also auch diese Gruppen und ihre Sympathisanten stärker an sich binden, dann kann das nur einen weiteren Linksruck bedeuten. Die bisherigen diesbezüglichen Bemühungen, die Forderung nach Erbschafts-, Vermögen- und Schenkungssteuer sowie die Finanztransaktionssteuer, als deren Urhe-



Wirft Werner Faymann den Vorsitz hin, könnte ihm Rudolf Hundstorfer (l.) nachfolgen. Noch ist es aber nicht so weit. [APA]

ber Werner Faymann am Parteitag gefeiert wurde, reichten anscheinend noch nicht.

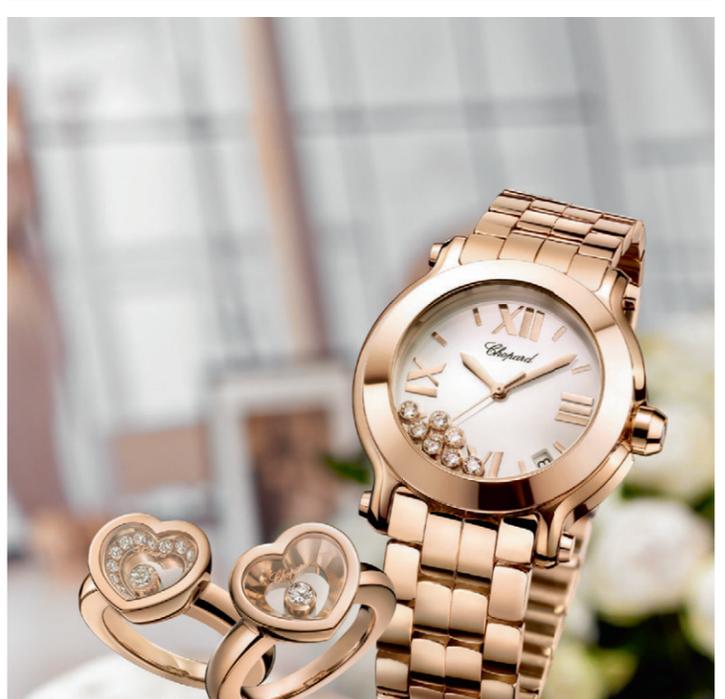
Für Niki Kowall, den Sprecher der Sektion 8, ist das Faymann-Ergebnis aber kein reiner Denkmittel der Linken. „Das war ein multifaktorielles Ereignis.“ Nicht nur der Fiskalpakt sei dafür verantwortlich, sondern auch das Verhalten rund um den U-Ausschuss – und die Wiener Partei, die mit dem Transparenzgesetz unzufrieden sei.

Doch was ist, wenn der harmoniebedürftige Werner Faymann, nicht zuletzt vom Wahlergebnis am Parteitag desillusioniert, nun doch nicht als Spitzenkandidat in die nächste Wahl gehen will? Dann stünde wohl Sozialminister Rudolf Hundstorfer als Alternative bereit. Oder man müsste sich um einen Kandidaten von außen bemühen – etwa ÖBB-Chef Christian Kern.

### Faymann-Streichungen „feig“

Derzeit, so versichern Faymanns Getreue, sieht es aber nicht danach aus. Der Parteivorsitzende und Bundeskanzler sei entschlossen, trotz der Irritation weiterzumachen. „Und wenn man die sehr positive Stimmung am Parteitag mitbekommen hat, dann sollte daran kein Zweifel bestehen“, meint auch Laura Rudas. Und selbst der bisher eher als Faymann-Skeptiker bekannte oberösterreichische SPÖ-Chef Josef Ackerl stellte sich demonstrativ hinter den Bundesparteivorsitzenden und nannte jene, die diesen per Stimmzettel abgestraft hätten, „feig“.

**Presse-Kommentare: Wie sich zwei Angeschlagene stützen:** Leitartikel von Rainer Nowak ..... **S. 2** | **Eine gute Idee, aber falsch** Von Jakob Zirm ..... **S. 9** | **Beethoven offenbart Wahrheiten:** Zwischentöne von Wilhelm Sinkovics ..... **S. 23**



JUWELIER  
**WAGNER**  
WIEN 1 KÄRNTNER STRASSE 32 +43 (0)1 512 0 512  
WIEN 1 GRABEN 21 / TUCHLAUBEN 2 +43 (0)1 512 3 512

Chopard

### Navigator

Veranstaltungen, Kino, Radio & TV ..... **S. 7, 24**  
Sport ..... **ab S. 12**  
Rechtspanorama ..... **ab S. 15**  
Forum Bildung ..... **ab S. 19**  
Debatte ..... **ab S. 26**  
Wetter ..... **Seite 28**  
Impressum ..... **Seite 28**  
12 Stunden in 4 Minuten ..... **Seite 28**

[Fotos: Uni Innsbruck, EPA]

### Was bisher geschah

**Mit 83,34 Prozent** wurde Werner Faymann am Samstag als SPÖ-Chef wiedergewählt. Es ist das schlechteste Ergebnis der jüngeren Parteigeschichte bei einer Wahl ohne Gegenkandidaten. Bisher war Fred Sinowatz mit 88 Prozent im Jahr 1987 Negativrekordhalter. Bei der Wahl in den Vorstand wurden auch Gabi Burgstaller (86,63 Prozent) und Josef Cap (88,66 Prozent) abgestraft. Faymann erhielt bei dieser Vorstandswahl 87,48 Prozent.



Anlässlich des SPÖ-Parteitag diskutieren die Nationalratsabgeordnete Christine Lapp und der SPÖ-Revoluzzer

# „Der Josef Cap geht nicht

Von Wolfgang Zaunbauer

■ Sozialdemokratie zwischen Ergebnis- und Werteorientiertheit.

Wien. Diesen Samstag begreift die SPÖ in St. Pölten ihren 42. ordentlichen Parteitag. Die „Wiener Zeitung“ lud Nationalratsabgeordnete Christine Lapp und Parteipräsident Nikolaus Kowall zum Gespräch über den Zustand der Sozialdemokratie in Österreich.

★★★★

„Wiener Zeitung“: Im Zusammenhang mit der SPÖ ist oft von Krise die Rede. In was für einer Situation steckt die Partei wirklich?

Christine Lapp: Ich spreche nicht gerne von Krisen, ich fühle mich immer so ohnmächtig. Es gibt Herausforderungen. Die SPÖ muss sich immer wieder neu positionieren – aber gerade das ist der Vorteil einer Partei, die die Gesellschaft verändern will.

Nikolaus Kowall: Wir haben permanent Neupositionierungen, die aus rein taktischen Gründen passieren. Wir sind auf einmal für die Vermögenssteuer – das war vor drei Jahren noch völlig unmöglich. Wir sind plötzlich für die Erbschaftsteuer – da hat sich der jetzige Kanzler vor vier, fünf Jahren für die Abschaffung eingesetzt. Wir haben in der Vergangenheit unsere Position über den Haufen geworfen.

Lapp: Entschuldigung, aber Vermögenssteuer ist keine taktische Überlegung, sondern etwas, das uns seit Beginn der Sozialdemokratie beschäftigt, weil es um Umverteilung geht.

Kowall: Da habe ich ein längeres Gedächtnis: Ich habe immer für die Vermögenssteuer gekämpft, aber bis vor drei Jahren auf Granit gebissen.

Lapp: Freust Du dich nicht, wenn es da Veränderungen gibt?

Kowall: Ich freue mich, dass sich was bewegt, aber die Motive sind durchsichtig.

Lapp: Also für mich ist das Ergebnis wichtig. Vor fünf Jahren hätte man auch die Finanztransaktionssteuer noch nicht für möglich gehalten – aber das ist doch gerade die Aufgabe der Sozialdemokratie: an Themen dranbleiben und auch Positionen zu verändern.

Kowall: Aber wenn man die Positionen mit dem Wind verän-

dert, spüren das die Leute. Ich finde die Parteispitze richtet ihre Themen zu sehr an der Tagespolitik aus. Das beste Beispiel ist die Wehrpflicht. Ich glaube, ich werde für die Abschaffung stimmen, weil es das bessere Modell ist. Aber die Art und Weise, wie das zustande gekommen ist, ist bezeichnend: Vor der Wien-Wahl im Oktober 2010 haben wir für eine einzige Titelseite der „Kronenzeitung“ eine jahrzehntelange Position über Nacht aufgegeben. Da wurde nicht diskutiert. Das war eine mediale Finte.

Lapp: Das war keine mediale Finte, sondern ein Interview mit dem Bürgermeister mit 17 anderen Themen – und das wurde dann halt zur Headline. Natürlich ist das ad hoc gekommen, aber wir hatten jetzt zwei Jahre Zeit, uns mit dem Thema in der Partei auseinanderzusetzen. Man kann ja nicht nur der SPÖ einen Positionswechsel vorwerfen. Das haben sämtliche Parteien gemacht.

Kowall: Klar, die Schwarzen stehen noch blöder da: Wir sind auf ihre Linie umgeschwenkt, und sie haben aus ausschließlich taktischen Gründen ihre Position über den Haufen geworfen. Aber überlegen wir mal, was das allein-

„Du kannst nicht nein sagen, wenn Bürgermeister und Kanzler etwas vorgeben.“

Nikolaus Kowall

ne für Norbert Darabos und seine Glaubwürdigkeit bedeutet hat. Er bekommt über die „Krone“ die neue Linie der Partei ausgerichtet, kommt wie die Jungfrau zum Kinde und muss innerhalb weniger Wochen seine Position ändern. Die Glaubwürdigkeit von Darabos ist unterminiert.

Lapp: In der Politik gibt es viele Situationen, wo man ad hoc entscheiden muss. Darabos hätte auch nein sagen können.

Kowall: Wir wissen doch, wie die Machtverhältnisse in der Partei sind. Du kannst doch nicht nein sagen, wenn Bürgermeister und Kanzler etwas vorgeben.

Lapp: Wenn er seine Haltung



Christine Lapp und Nikolaus Kowall, zwei Kinder der Wiener SPÖ. Fotos: Newald

ändert, dann muss man ihn unterstützen.

Aber hätte es bei einem so wichtigen Thema nicht eine groß angelegte Diskussion bedurft?

Lapp: Diskussionen gab es in den vergangenen zwei Jahren und wird es bis zur Volksbefragung noch geben.

Sehen Sie aber zumindest einen kommunikativen Fehler seitens der Parteispitze?

Kowall: Das ist kein kommunikativer Fehler, sondern ein innerparteiliches Demokratiefestsetzer.

Lapp: Nein, ich finde, das beginnt mit dem Koalitionspartner, mit dem man sich nicht einigen konnte.

Kowall: Aber die ÖVP ist nicht verantwortlich für unsere Positionen. Du suggerierst, wir hätten einen zweijährigen Diskussionsprozess gehabt, in dem wir uns darauf einstellen konnten. Faktum ist: Die Linie wurde von Anfang an vorgegeben und wir hatten zwei Jahre Zeit, uns damit abzufinden. Wir haben in der SPÖ keine Kultur, einen Diskussionsprozess in Gang zu bringen – außer alle zwei Jahre einen Parteitag.

Lapp: Ich begreife die Partei so, dass man in den Gremien, in denen man sitzt, überall auch seine Meinung vorbringen und die Vertreter bitten kann, das auf die nächste Ebene zu bringen. Intern gibt es einen Diskussionsprozess.

Kowall: Wurde es in Simmering diskutiert?

Lapp: Es wurde diskutiert, als dieser Schwenk im Jahr 2010 vollzogen wurde, und jetzt wieder.

Kowall: Und hatten diese Diskussionen einen Einfluss auf die Partei? Nein.

Lapp: Ich sehe mich als Vertreterin, und mir ist dieser innerparteiliche Diskussionsprozess wichtig.

„Das ist kein Klubzwang, sondern eine demokratische Entscheidungsfindung.“

Christine Lapp

Aber wenn in Simmering der Wehrpflichtschwenk einhellig abgelehnt worden wäre, hätte das dann eine Auswirkung auf die Parteilinie gehabt?

Lapp: Das hätte auf meine Linie eine Auswirkung gehabt.

Sich der Basis verpflichtet fühlen und keinem Klubzwang unterliegen zu wollen – funktioniert das?

Lapp: Das ist mir sehr wichtig. Im Endeffekt bleibt es meine Entscheidung, wie ich zu den jeweiligen Themen stimme. Wenn der Klub eine andere Linie vorgibt, kann man sich bei uns laut Statut aus Gewissensgründen anders entscheiden.

Die Einzige, die das wirklich durchzieht und auch gegen die eigenen Klub stimmt, ist Sonja Ablinger.

Lapp: Der Klub ist ein demokratisches Gremium – und wenn die Mehrheit der Meinung ist, wir gehen in diese Richtung, dann muss man das zur Kenntnis nehmen. Eine Bewegung kann man nur sein, wenn man nicht lauter Einzelinteressen vertritt.

Kowall: Ich bin auch für den Klubzwang, aber ...

Lapp: Das ist kein Klubzwang, sondern eine demokratische Entscheidungsfindung. Der Josef Cap geht nicht mit der Peitsche herum.

Kowall: Was mich wundert, ist, warum Kanzler und Klubobmann im Klub immer die Abstimmungen gewinnen. Das macht mich stutzig. Demokratie im Klub würde dann funktionieren, wenn Positionen stark abgeändert werden könnten oder der Klub ab und zu auch anders entscheiden würde als die Parteispitze. Dann könnte man auch den Klubzwang einfördern.

Lapp: Es sind nicht nur Kinderkriechen, die verändert werden können. Beim letzten Fremdenrechtspaket wurden sehr viele Änderungen hineinklamert, das ich dann End gesagt habe: Das kann ich mittragen.

Herr Kowall, Sie vermissen Diskussionsprozesse in der SPÖ. Bräutchen die Bundespartei vielleicht einen Reformprozess, wie ihn die oberösterreichische Landesgruppe seit der letzten Landtagswahl durchführt?

Kowall: Die Bundes-SPÖ muss sich im Klaren sein, dass es nicht



„With a little help from a friend“ Zur Wiederwahl von SPÖ-Chef Faymann ist der SPD-Vorsitzende Sigmund Gabriel geladen. Fotos: EPA

## Faymanns Wiederwahl

■ SPÖ-Parteitag mit EU-Anstrich und der Reichensteuer als großes Thema.

Wien. (sir) Ein paar Wochen vor seiner ersten Wahl zum SPÖ-Vorsitzenden im August 2008 hat Werner Faymann einen zu Berühmtheit gelangten Brief an die EU-kritische „Kronen Zeitung“ verfasst. Wie sich die Zeiten ändern. Bei Faymanns dritter Kür zum Parteichef am Samstag in Sankt Pölten wird man eine flamme Rede für eine stärkere EU und eine Reduktion der Nationalstaatlichkeit zu hören bekommen.

Die SPÖ hat nämlich zu ihrem Parteitag Martin Schulz, den Präsidenten des Europäischen Parlaments, eingeladen, der schon vor dem EU-Hauptausschuss im Nationalrat für eine Aufwertung der Union geworben hatte. Schulz sowie SPD-Chef Sigmund Gabriel sind am Samstag die Ehren Gäste der Kanzlerpartei, die sich auf ihrem 42. Parteitag vor allem auf die Forderung nach einer Reichensteuer einschwenken will.

Doch auch die EU wird zum Thema werden, und das nicht nur aufgrund der Anwesenheit von Schulz. Auch Faymann hat sich mittlerweile zum glühenden Europafreudigen aufgeschwungen. Der jüngste Beschluss von elf EU-Ländern, künftig eine Finanztransaktionssteuer einzuhoben, kann Faymann auf seiner Haben-Selbe verüben. Vor zwei Jahren, beim bisher letzten Parteitag, hatte sich der Bundeskanzler gemeinsam mit SPD-Chef Gabriel die Einführung der Tobin-Tax zum Ziel gemacht. Nun soll diese tatsächlich kommen. Schulz erinnerte am

# Nikolaus Kowall über Wehrpflicht, innerparteiliche Demokratie und taktische Kurswechsel mit der Peitsche herum“



„Für mich ist das Ergebnis wichtig“, sagt Christine Lapp.



Gegen Richtungsschwenks aus taktischen Gründen ist Nikolaus Kowall.

möglich ist, zu mobilisieren, wenn man von oben alles vorgibt. Die Leute werden sich dann beteiligen, wenn die Diskussionen ergebnisoffen sind. Bei einer Diskussion, wo alles entschieden ist, redet keiner mit. Wenn es in der SPÖ eine gewisse Ergebnisoffenheit gäbe, wären wir viel kampagnenfähiger. Als Kinder der Wiener SPÖ wissen wir, dass das nicht die große Stärke der Partei ist.

**Lapp:** In der Frauenorganisation konnten sich erstmals bei der Formulierung der Anträge für die Bundesfrauenkonferenz via Internet alle beteiligen. Solche Wege der Partizipation werden immer wichtiger. Aber es ist die Frage, wie das auf Bundesebene implementieren kann.

*Auch die ÖVP tut sich schwer, verschiedene Interessen – Bauern, Beamte, Wirtschaft – unter einen Hut zu bringen. Ist die Zeit der Massenparteien vielleicht vorbei, weil die Gesellschaft zu vielfältig geworden ist?*

**Kowall:** Wir leben in einer

Zeit, wo alles fragmentiert und globalisiert ist. Die Frage ist, wie man trotzdem eine nicht zu stark fragmentierte Massenbewegung aufbauen kann.

*Wie?*

**Lapp:** Über einzelne Themen. Die Leute wollen sich nicht mehr so lange verpflichten, aber wenn ihnen ein Thema unter den Nägeln brennt, muss man Angebote finden.

**Kowall:** Es braucht Inklusion. Wir haben in der SPÖ noch immer teilweise die Vorstellung – ich ertrappe mich manchmal selbst dabei – von einer homogenen Arbeiterschicht. Das ist alles nicht mehr so. Als SPÖ müssen wir uns überlegen, wie wir inklusiver werden können. Sozial werden wir homogener, obwohl wir in die gegenteilige Richtung gehen müssten.

*Oft wird kritisiert, die SPÖ sei in der Koalition zu kompromissbereit. Was Wachstum und Arbeitslosigkeit angeht, muss man aber sagen, dass das Ergebnis der rot-schwarzen Zusammenarbeit passt. Inwiefern schadet die große Koalition der SPÖ trotzdem?*

**Lapp:** Als es darum ging, Österreich durch die Krise zu führen, war beiden Parteien klar, dass man sich nicht im politischen Hick-Hack verlieren darf. Bei den anderen Themen kämpft man halt darum, dass man für die Bevölkerung unterschiedbar bleibt. Klar ist es schwierig, den

Mitgliedern die Kompromisse zu erklären. Aber für mich ist das Ergebnis wichtig und eine Arbeitslosigkeit von fünf Prozent ist ein gutes Ergebnis.

**Kowall:** Ich habe sehr viel an der österreichischen Sozialdemokratie zu kritisieren. Aber verglichen mit anderen sozialdemokratischen Parteien in Europa ist sie strukturell immer noch stark und inhaltlich immer noch einigermassen mit Profil behaftet. Bei der SPÖ ist nur noch die Parteilinke sozialdemokratisch, der Rest ist irgendwo dazwischen. Man könnte sagen: Die SPÖ war so konservativ, dass sie den Neoliberalismus verschlafen hat. Der symbolische Punkt war, als Rudolf Nürnberger 2000 das Koalitionsabkommen mit der ÖVP nicht unterschrieb. Da hätte uns das Gleiche wie der SPÖ passieren können: Wir hätten in eine Regierung kommen können, wo wir unsere Grundfesten angegriffen hätten. Das hat Nürnberger verhindert – und der alte Betonschädel hat uns da gerettet. Dadurch hat die SPÖ gewisse Schritte nicht mitgemacht, die andere gemacht haben. Daher gibt es noch einige Eckpfeiler unseres Wohlfahrtsstaates, die wir der österreichischen Arbeiterbewegung verdanken.

**Lapp:** Und wir verteidigen konnten. Bei den letzten Sparpaketen haben wir geschaut, dass bei beiden Seiten – Einnahmen und Ausgaben – angesetzt wird. Die Konservativen würden am liebsten nur hineinschieben.

**Kowall:** Das ist uns gut gelungen, aber es wäre mehr möglich. Wenn man sich mehr konzentriert auf Überzeugungen und weniger auf das taktische Tagesgeschehen, wenn man den Vertretern des neoliberalen Zeitgeistes gegenüber offensiver auftreten würde, könnte man viel mehr herausholen.

*Frau Lapp, stört nicht gerade das Viele, dass die Partei nicht mehr links genug ist?*

**Lapp:** Ich hätte Angst, dass man die Mitte der Gesellschaft verliert, wenn man prononciert linke Positionen viel stärker herausarbeitet. Es ist eine schwierige Gratwanderung. Was sind linke Themen? Umverteilung, Gerechtigkeit und Solidarität. Das sind die Grundfesten der Sozialdemokratie. Das können wir bei jedem politischen Feld – Bildung, Steuern, Finanzen – als Parameter anlegen. Ich will nicht wie „Die Linke“ in Deutschland werden. Ich will Angebote für alle Menschen der Gesellschaft haben.

*Im U-Ausschuss hat die SPÖ in der Inseratenaffäre eine sehr unruhliche Rolle gespielt. Wie sehr schadet das der Partei?*

**Kowall:** Es schadet nicht so sehr, wie die Leitartikler glauben. „Größter Skandal in der Zweiten Republik“ – eine krassere Fehleinschätzung gibt es kaum. Wir werden es in einem Jahr sehen. Bis dahin kann sich noch viel tun. Es gibt aber sicher Gruppen, wo

das langfristig Schaden anrichtet. Die Journalisten, die nicht im Boulevard sitzen, nicht von der SPÖ gefüttert werden und ihre Gewissensfreiheit hochhalten, werden versuchen, uns bei jeder Gelegenheit eins auszuwichen. Die Kontrolle über ein paar Boulevardmedien hilft uns vielleicht ein paar Mal, ist aber mittelfristig ein Verlustgeschäft.

*Wie haben Sie das Ihrer Basis in Simmering erklärt, dass der Kanzler nicht geladen werden konnte?*

**Lapp:** Weil der Staatssekretär geladen wurde und alles erklärt hat. Der Bruch im U-Ausschuss war für mich die Weigerung der Ausschussvorsitzenden im August, einen Vier-Parteien-Antrag zu akzeptieren. Dadurch hat sich das Klima im Ausschuss geändert. Vorher haben alle Parteien darauf geachtet, dass man auf einen gemeinsamen Nenner kommt. Aber wenn sich die Dr. Moser am Nasenring vom Pr. Pilz durch den Ausschuss ziehen lässt – wir lassen das nicht mit uns machen. ■

## Zur Person

### Christine Lapp

Die Wienerin Christine Lapp (Jahrgang 1962) ist seit 2001 Nationalratsabgeordnete. Davor hat sie Politikwissenschaftlerin, die aus der SPÖ Simmering stammt, Landtagsabgeordnete.

## Zur Person

### Nikolaus Kowall

Nikolaus Kowall (30) ist Vorsitzender der Plattform „Sektion 8“ der SPÖ Wien-Alsergrund. Er ist Doktorand am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung in Düsseldorf.

## samt Wahlkampf-Getöse

Donnerstag daran, dass Österreich das erste Land in der EU gewesen war, dass diese Steuer eingefordert habe.

### Anträge zu Reichensteuer

Dass Faymann als Bundeskanzler nicht alle Wünsche von Schulz teilen wird, der weitere bisher nationalstaatliche Befugnisse im Kompetenzbereich der EU sehen will, liegt in der Natur des Amtes. So verweist etwa Schulz in seinem Vortrag im Nationalrat auf die Vorteile der USA durch eine gemeinsame Fiskalpolitik und fordert einen EU-Finanzminister.

Die SPÖ hat freilich schon genug zu tun, die Finanzministerin in Österreich für eine Vermögenssteuer zu begeistern. Das Thema hat die SPÖ zum Wahlkampf-schlager erkoren – und geht nach dem mit der Organisation des Parteitag betrauten SPÖ-Geschäftsführer Günther Kräuter soll dieser schon am Samstag in St. Pölten erklären.

Doch andere Themen werden die Mitglieder auch intensiv beschäftigen, etwa die laufenden Diskussionen über Wehrpflicht und Studiengebühren, zwei Bereiche, bei denen es auch innerhalb

der Partei unterschiedliche Sichtweisen gibt. Zum Thema Reichensteuer ist auch ein Antrag aus Oberösterreich angekündigt worden, der eine Anhebung des Spitzensteuersatzes bei Einkommen von mehr als 300.000 Euro im Jahr auf 60 Prozent vorsieht. Eine Zustimmung wird beim Antrag für ein Verbot des kleinen Glücksspiels erwartet. Am Nachmittag stellt sich dann Faymann zur Wiederwahl, zu verteidigen hat der Kanzler 93,8 Prozent. Bereits am Freitag wurde Gabriele Heinisch-Hosek als Bundesfrauenvorsitzende bestätigt. ■

## Keine Demo stört das rote Defilee

### ■ Absage der Demonstration wegen fehlendem Interesse.

**Wien.** Nach dem erfolgreichen Flashmob Mitte September, als hunderte Demonstranten die Ladung von Bundeskanzler Werner Faymann in den U-Ausschuss forderten, wollten die Organisatoren ihren Unmut auch beim SPÖ-Parteitag kundtun. Auf einer Facebook-Seite wurde zur Demo in St. Pölten aufgerufen, sogar finan-

zielle Hilfe für Zugtickets wurde in Aussicht gestellt – vergebens. Mangels Interesse wurde die Veranstaltung am Freitagnachmittag abgesagt.

Damit wird das rote Defilee in der niederösterreichischen Landeshauptstadt durch keine „Wir woll'n den Werner sehen“-Rufe gestört. ■